



© KLAUS SINGER

Zum Internationalen Frauentag verteilt DIE LINKE 2 000 Rosen auf den Straßen Lichtenbergs. Auf den Rosenfähnchen steht: „Jeden Tag Frauentag: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ 200 Lichtenbergerinnen wurden von Gesine Löttsch in den Bundestag zu einer Tagesfahrt eingeladen, um den Frauentag würdig zu feiern.



© PRIVAT

Ich sag mal ...

Der 8. März – Gleichberechtigung der Frau in Familie und Beruf ist nach meiner Meinung etwas, was im Zusammenleben in der Gesellschaft immer neu errungen werden muss. Deshalb ist dieser Tag nicht überflüssig, zumal es immer noch unzählige Beispiele für die Diskriminierung von Frauen gibt. Er soll aber auch ein Grund zum Feiern und Kraft tanken sein.

Frauen sind trotz ihres sozialen Engagements im Alter oft materiell nicht gut gestellt, aber viele machen das Beste daraus und lassen sich nicht unterkriegen.

Deshalb hat der Frauentag seine Berechtigung auch für Seniorinnen. Dies liegt unter anderem daran, dass es auch heute oft weibliche Angehörige oder weibliche Ehrenamtliche sind, die sich sozial engagieren und in sozialen Berufen tätig sind. Sie tun dies oft unter viel Selbsteinschränkung ihres eigenen Lebensentwurfs. Dafür haben sie Ehrung auch an diesem Tag besonders verdient.

Gegenseitige Hilfe und Solidarität sind schön, wenn Frau sie erhält, aber auch, wenn Frau sie geben kann, besonders im Alter. Darüber sollten wir Seniorinnen uns auch auf den Frauentagsfeiern unterhalten.

Auch wenn Frauen nicht immer einer Meinung sind, was uns als Seniorinnen mit Frauen aller Altersgruppen verbindet, ist der Wunsch nach Frieden.

RENATE MOHRS

stellv. Vorsitzende der Lichtenberger Seniorenvertretung

JÜRGEN STEINBRÜCK

SeniorInnen, aufgemerkt

Im Januar wurden vom Bezirksamt allen Bürgerinnen und Bürgern über 60 Jahre Briefe zugesandt, in denen zur Wahl der Seniorenvertretung Lichtenberg in der Zeit vom 27. bis zum 30. März 2017 aufgerufen wird. Auch ein Prozedere zur Teilnahme durch Briefwahl wird dort erläutert.

Es ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg, dass es gelang, ein Verfahren zu kreieren, alle Seniorinnen und Senioren über diese Möglichkeit der Bestimmung einer eigenen demokratischen Vertretung zu informieren.

Damit wird die Möglichkeit verfestigt, die nicht gerade geringen Probleme der älteren Generation mit den politisch Verantwortlichen im Bezirksamt und mit den Verordneten der Bezirksverordnetenversammlung direkt zu beraten. In Zukunft scheinen

diese Themen kaum abzunehmen: Seniorengerechtes Wohnen nicht nur in den kommunalen Wohnungen, die sich bedrohlich abzeichnende Altersarmut, die ausgedünnte Nahversorgung, alles, was mit der Veralterung der Gesellschaft zusammenhängt, die Reparatur der Gehwege – die Themen könnten ungebremst weiter aufgezählt werden. Ein weites Feld für die Seniorenvertretung tut sich auf.

Es sind schon jetzt einige bemerkenswerte Ergebnisse in der Lichtenberger Seniorenpolitik zu würdigen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Woche der älteren Menschen auf der Basis eines Beschlusses der UNO aus den 90er Jahren. Über die erfolgreiche Etablierung der Lichtenberger Seniorenuniversität zu reden, ist ja fast schon Eulen nach

Athen zu tragen. Auch der Erhalt der acht kommunalen Begegnungsstätten für kulturelle und Bildungsteilhabe für ältere Menschen ist schon bemerkenswert.

Um es auf den Punkt zu bringen: Ein Projekt, noch dazu getragen von vielen sozialen Trägern, Verbänden und Vereinen, die sich jahrelang um die Realisierung eines Seniorenmitwirkungsgesetzes bemühten, sollte die Unterstützung gerade aller Demokraten erhalten. Also, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Lichtenbergerinnen und Lichtenberger, geht hin, kreuzt auf den Wahlscheinen 10 der dort kandidierenden 20 Frauen und Männer an und helft, dass eure gleichaltrigen Nachbarn sich auch dazu aufrufen.

Kämpferisch:

Im Gespräch mit der frauenpolitischen Sprecherin Ines Schmidt.



03

Lohnenswert:

Leistung muss sich wieder lohnen.



04

© BERND KASPER / PIXELIO

Programmatisch:

Frauenrechte – ein Blick ins Wahlprogramm der LINKEN.



06

Fraglich:

Quo vadis Hubertusbad?



07

KURZ GEMELDET

KITABEDARF

120 weitere Kitaplätze entstehen 2017 in der Kita „Sonnengarten“, Rudolf-Reusch-Straße 67. „Diese Vorhaben verbessern zwar die Kitaplatzsituation“, so Bezirksstadträtin Katrin Framke (DIE LINKE), „jedoch reichen sie noch nicht aus, um für alle Lichtenberger Kinder einen vorschulischen Betreuungsplatz vorzuhalten“. Ende 2016 fehlten in Lichtenberg 976 Kitaplätze, hinzu kommen 730 fehlende Plätze für Kinder aus Unterkünften Geflüchteter. In Alt-Lichtenberg, Alt-Hohenschönhausen-Süd und Neu-Hohenschönhausen Nord sind die Engpässe besonders hoch. Der Senat will bis ins Jahr 2017 hinein 24 800 neue Kitaplätze für Berlin schaffen, so Framke. In Lichtenberg sind 500 geplant.

NADELÖHR ENTSCHÄRFT

Vor den künftigen Baumaßnahmen nördlich und südlich der Bahnbrücke Karlshorst werden demnächst in der Treskowallee 7 Bäume gefällt. Als Ausgleich werden 30 neue Linden entlang der Treskowallee und in anliegenden Straßen gepflanzt. Die unvermeidlichen Maßnahmen dienen der Beseitigung des jahrzehntelangen Nadelöhrs zwischen Dönhoffstraße und Wandlitzstraße und gewährleisten allen Verkehrsteilnehmern mehr Sicherheit.

■ Weitere Infos:

Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Öffentliche Ordnung, Umwelt und Verkehr, Wilfried Nünthel, Telefon: 90296 4200, E-Mail: wilfried.nuenthel@lichtenberg.berlin.de.

PERSONALZUWACHS

19 Auszubildende schlossen 2016 erfolgreich ihre Ausbildung im Lichtenberger Bezirksamt ab. Alle erhielten hier auch eine größtenteils unbefristete Beschäftigung. Von den 723 im vergangenen September eingegangenen Bewerbungen konnten 24 neue Auszubildende im Bezirksamt beginnen, darunter 12 als Verwaltungsangestellte, 2 als Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste, 7 als Gärtnerinnen und Gärtner sowie 3 Altenpflegeanwärter. Bezirksbürgermeister Michael Grunst hat dringenden Personalzuwachsbedarf an die Spitze seiner kommunalen Agenda gesetzt. JOACHIM PAMPEL

Standort stabil

14 im Bezirk angesiedelte Unternehmen haben im Februar das „UnternehmensNetzwerk Herzbergstraße e. V.“ gegründet. Die Initiative wird vom Gebietsmanagement Herzbergstraße unterstützt, das im Auftrag des Bezirksamtes Lichtenberg vom Unternehmen „regioconsult“ durchgeführt wird. Mit dem Titel „Nachhaltige Weiterentwicklung ... Ostberliner Traditionsstandort im Aufbruch“ findet die von den linken Kommunalpolitikern Dr. Wolfram Friedersdorff und Dr. Andreas Prüfer seit einem Vierteljahrhundert hier verankerte Wirtschaftspolitik eine beziehungsreiche Fortsetzung. Das Unternehmensnetzwerk befindet sich in guter Nachbarschaft und zwar zum seinerzeit in der Herzbergstraße 36-38 angesiedelten ersten Lichtenberger Wirtschaftskreis. Die neugegründete Initiative ist eins von neun bundesweit geförderten Modellvorhaben, die ins Leben gerufen wurde, um „die nachhaltige Profilierung des Gewerbegebietes zu verstetigen“. Sie wird mit Mitteln der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe kofinanziert.



Blick ins Gewerbegebiet Herzbergstraße.

Derzeit stehen hier 8 400 Menschen in Arbeit, Lohn und Brot. Die verstärkte Zusammenarbeit der Unternehmen wird besonders darauf gerichtet sein, mit Nutzung lokaler Potenziale Synergien zu eröffnen und gemeinsame Interessen nach außen zu vertreten. In Zusammenarbeit mit Schulen und Hochschulen sollen Ausbildung und Qualifizierung vorangetrieben werden. Der Aufbau eines Gewerbeflächen- und Leerstandsmanagements ist vorgesehen. So liegen

bereits Flächenumnutzungsanträge von Eigentümern vor, die eine Wohnbebauung planen. JOACHIM PAMPEL

- Weitere Informationen: Büro für Wirtschaftsförderung/ Leiterin Marion Nüske, Tel: 90296 4338, E-Mail: marion.nueske@lichtenberg.berlin.de
- UnternehmensNetzwerk Herzbergstraße e. V., Jorge Guimet, Tel: 5526 2035, E-Mail: jorqe.guimet@berlinerluft.de

Die Schuldenfalle – Zu Besuch bei Julateg e.V.



Herr König und Frau Zillmer von Julateg im Gespräch mit Gesine Löttsch.

Die Gründe dafür, dass Menschen sich verschulden, sind vielfältig. Süchte wie Spiel- oder Alkoholsucht, das Kaufverhalten oder der Rutsch in die Arbeitslosigkeit können eine Rolle spielen. Meist ist es eine Kombination aus verschiedenen Problemlagen, einhergehend mit psychischen Problemen.

Anfang Februar besuchte Gesine Löttsch den Verein „JULATEG e. V.“. Der Verein, gegründet im Wedding, beschäftigt sich seit Ende der 1980er Jahre mit der Schuldenproblematik. Seit 1992 sind sie auch in Hohenschönhausen (heute betrieben

von der Caritas) tätig, seit 1999 in Lichtenberg in der Normannenstraße vertreten. Im Gespräch mit Gesine Löttsch machten Herr König und Frau Zillmer eines besonders deutlich: Bevor die Schulden getilgt werden können, müssen zunächst die Ursachen der Verschuldung bewältigt werden. Dies ist auch der Kernpunkt der kostenfreien Beratung, ermöglicht durch die Finanzierung des Bezirksamtes Lichtenberg. In Beratungsgesprächen werden Modelle erarbeitet, die der Schuldenregulierung bis hin zur

Schuldentilgung dienen. Wird jedoch die Ursache der Verschuldung nicht beseitigt, dreht sich die Schuldenspirale weiter. Deshalb sind eine genaue Analyse der Situation und die Erkenntnis, was getan werden muss, so wichtig.

Besonders häufig treten bei ihren KlientInnen Miet- und Stromanbieterschulden auf. Bei Jugendlichen sind die Schulden durch Handyverträge oder das Einkaufsverhalten um den 18. Geburtstag bedingt. Junge Erwachsene wollen sich besonders in diesem Lebensabschnitt ihre Wünsche erfüllen, haben jedoch meist ein noch nicht vollkommen ausgereiftes Verständnis davon, mit Geld umzugehen. Von den KlientInnen, die „JULATEG e. V.“ in Lichtenberg betreute, ist die Verschuldung bei den 30- bis 39-Jährigen und bei den 50- bis 59-Jährigen besonders hoch. Betrachtet man diese Entwicklung langfristig in Verbindung mit dem demografischen Wandel, muss auch deswegen die steigende Altersarmut bekämpft werden, damit diese Menschen neben den niedrigen Renten und steigenden Lebenshaltungskosten nicht noch von ihren Schulden erdrückt werden.

JULIA MÜLLER

„Man muss für seine Ziele überall kämpfen“

Gespräch mit Ines Schmidt, frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, zum Internationalen Frauentag | Von ROMAN VERESSOV



Die Frauenpolitik der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus hat ein neues Gesicht: unsere Abgeordnete Ines Schmidt.

■ **Nach 20 Jahren als Gesamt-frauenvertreterin der BVG bist du jetzt frisch gewählte Abgeordnete und frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Gibt es Unterschiede bei der Frauenpolitik in einem Unternehmen und im Parlament?**

Natürlich gibt es da einige Unterschiede, es sind ja andere Akteure und Strukturen, mit denen man es zu tun hat. Letztlich heißt es aber: Frauenpolitik ist Frauenpolitik und man muss für seine Ziele überall genauso engagiert kämpfen.

■ **Wie steht es um die Berliner Frauenpolitik, wo muss der neue Senat mehr tun?**

Unsere Frauen- und Gleichstellungspolitik war in Berlin zum Glück schon immer fortschrittlich, aber wir dürfen bei dem Erreichten nicht stehen bleiben. „Vereinbarkeit“ ist ein wichtiges Stichwort, das wir nun mit Leben erfüllen wollen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Frauen, die zwischen Job, Haushalt, Familie, Ehrenamt und Pflege jonglieren, entlastet werden. Dazu gehören der Ausbau von flexiblen Betreuungseinrichtungen und fa-

milienfreundliche Arbeitszeiten nicht nur für Alleinerziehende. Ein wichtiges Feld wird der Arbeitsmarkt sein, vor allem der Zugang zu Führungspositionen, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und Integration von geflüchteten Frauen sind hier zu nennen.

■ **Frauen erleiden aber nicht nur soziale und ökonomische Benachteiligungen und Diskriminierungen.**

Ja, nach wie vor sind Frauen immer noch tagtäglich Opfer ganz direkter Gewalt. Es gibt immer noch körperliche, sexuelle und psychische Übergriffe, aber auch neuere Gewaltformen wie Cybermobbing und Hate Speech. Wir wollen Gewalt gegen Frauen in jeglicher Form schonungslos bekämpfen. Mit unserer bereits gestarteten Kampagne „Nein heißt Nein“ wollen wir die Berlinerinnen und Berliner für das Thema sensibilisieren und ermutigen, Fälle sexualisierter Gewalt umgehend anzuzeigen. Aber Aufklärung und Worte allein reichen hier nicht, wir müssen auch die entsprechende Infrastruktur, etwa Frauenhäuser und Gewaltschutzambulanz, gezielt unterstützen.

Alles in allem: Auch in den nächsten fünf Jahren wird die Frauenpolitik ein eigenständiges politisches Feld bleiben. Das Thema Frauen spielt aber auch in vielen anderen Politikbereichen eine wichtige Rolle. Wir

werden Berlin mit der rot-rot-grünen Regierung in Sachen Frauen- und Gleichstellungspolitik einen großen Schritt voranbringen.

■ **Wie gestaltet sich bisher die Zusammenarbeit mit den FrauenpolitikerInnen der anderen Koalitionspartner?**

Unter uns frauen- und gleichstellungspolitischen Sprecherinnen pflegen wir eine gute Kommunikation. Anja Kofbinger von den Grünen, Derya Çağlar von der SPD und ich haben viele gemeinsame Termine, bei denen ich merke, dass ihnen die Frauenpolitik nicht nur in Absichtserklärungen wichtig ist, sondern sie sich genauso für deren Verwirklichung einsetzen wie ich.

■ **Gibt es Frauen, die du für dich persönlich als Vorbilder betrachtest?**

Für mich war schon immer Regine Hildebrandt eine Politikerin, wie ich selbst eine sein möchte. Sie war wegen ihres außergewöhnlich offenen, volksnahen, oft auch undiplomatischen Auftretens populär, was ihr auch den Spitznamen „Mutter Courage“ eintrug. Ihr war auch die Chancengleichheit ein wichtiges Anliegen. Eine starke Frau, die immer unumwunden ihre Ansichten vermittelte, beim Volk sehr beliebt war und von der man heute noch mit Achtung spricht.



Frauenpolitik geht nur gemeinsam: Frauenpolitikerinnen aus Senat, Abgeordnetenhaus und Bezirksämtern bei einem gemeinsamen Treffen.

Leistung muss sich wieder lohnen

Der ehemalige VW-Chef Winterkorn bekommt seit Jahresbeginn eine Betriebsrente in Höhe von 3.100 Euro pro Tag. Winterkorn musste gehen, weil er für den Abgasskandal, der den Konzern Milliarden kostet, verantwortlich ist. Aktuell sorgt die Abfindung des Mitglieds des Konzernvorstands der VW AG Dr. Christine Hohmann-Dennhardt für Aufsehen. Nach nur 13 Monaten Tätigkeit als Leiterin des Ressorts „Integrität und Recht“ erhält sie eine Abfindung von 12 bis 15 Millionen Euro. Das ist kein Einzelfall in unserem Land. Immer wieder hören wir Nachrichten von gescheiterten Managern, denen jedes selbstkritische Denken fehlt. Sie sind der Auffassung, wie der ehemalige Chef der Hypo Real Estate, Funke, dass sie eine ganze Bank an die Wand fahren dürfen und ihnen trotzdem eine dicke Abfindung zusteht.

Seit Jahren sind die absurden Vergütungen von Vorständen großer

Konzerne in der Diskussion. Die Linke hatte schon im Bundestagswahlkampf 2013 eine Begrenzung von Managergehältern gefordert. Das hat bei den Betroffenen Empörung ausgelöst. Doch jetzt will sogar die SPD Managergehälter und Boni begrenzen. Selbst die Kanzlerin hält eine solche Diskussion für angemessen. Der Wirtschaftsflügel der CDU ist empört. Die Konzerne sollen ihre Vorstandsvergütungen selber regeln. Doch offensichtlich wollen das die Manager nicht. Sie fordern, dass ihre Leistungen anerkannt werden müssen. Dagegen hat auch die Linke nichts. Doch die meisten Manager bekommen auch dann riesige Abfindungen, wenn sie versagt haben. Regresszahlungen sind die Ausnahme. Die Folgekosten haben dann die Beschäftigten und alle Steuerzahler zu tragen.

In der Schweiz ist man schon weiter. Die „Abzocker-Initiative“ gegen überhöhte Gehälter, Boni und Abfin-

dungen für Manager kam am 3. März 2013 zur Abstimmung und wurde mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 67,9% angenommen. Dies war die dritthöchste Zustimmungsrates zu einer Volksinitiative in der Schweiz überhaupt. Sogar Großbritannien hat nach der Finanzkrise von 2008 Boni über 25.000 Pfund mit einer Sondersteuer von 50 Prozent belegt.

Der Ökonom Peter Bofinger hat ausgerechnet, dass die Haushaltseinkommen bei fast einem Drittel der Gesellschaft seit 1991 nicht mehr gestiegen sind. Das betrifft nicht nur Arbeitslose, sondern auch viele Menschen, die im Niedriglohnssektor arbeiten. Für diese Menschen muss sich Leistung endlich wieder lohnen. Ein erster Schritt, wäre die Anhebung des Mindestlohns. Das müsste in Zeiten, in der es der Wirtschaft gut geht, selbstverständlich sein. Ist es aber leider nicht.

GESINE LÖTZSCH

8.3.

ZAHL DES MONATS

Als Donald Trump am 23.1. dieses Jahres sein gefühltes 20. Dekret erlässt, scheint alles wie gehabt: ein großer schwerer Schreibtisch, dahinter der Präsident, der den Blick auf seinen Stift heftet, als fordere die Unterschrift seine volle Konzentration, umringt von einem Halbdutzend weißer Männer der Administration. Ungewöhnlich ist auch nicht der zivilisatorische Rückschritt, der mit dieser Unterschrift besiegelt wird. Das Besondere an diesem Dekret ist die Offenheit des Widerspruchs, der zutage tritt. Eine reine Männerriege entscheidet darüber, wie Frauen leben sollen. Denn erlassen hatte hier Trump eine Verfügung, die u. a. der Gesundheitsorganisation „Planned Parenthood“ („Geplante Elternschaft“) Staatsgelder streicht, weil sie international neben vielen anderen Gesundheitsfragen auch in Sachen Abtreibung berät. Es sind die schwächsten und bedürftigsten Frauen weltweit, denen diese Beratung zugute kam. Sie werden zukünftig nicht weniger abtreiben – sei aus gesundheitlichen, finanziellen oder anderen persönlichen Gründen. Sie werden es nur unaufgeklärt, ohne ärztliche Unterstützung und unter schlechten hygienischen Bedingungen tun müssen.

Geschlechterverhältnisse sind zugleich immer auch Produktionsverhältnisse und umgekehrt, hat Frigga Haug einst klug gesagt. Und Frauenrechte sind Menschenrechte, die es zu verteidigen gilt. Wer glaubt, der 8.3. als Frauenkampftag wäre rückwärtsgewandt, hat nicht erkannt, wohin sich die Gesellschaft derzeit bewegt.

TINKO HEMPEL

Feindbild: Griechenland

„Griechenland ist auf dem besten Weg, die für 2017 gesteckten Ziele zu erreichen“, sagte der für den Euro zuständige EU-Kommissar Valdis Dombrovskis. Im laufenden Jahr erwarte die Kommission für Griechenland ein Wachstum von 2,7 Prozent. Seiner Auffassung nach könnte die nächste Tranche der Finanzhilfe an Griechenland ausgezahlt werden. 2015 wurde das dritte Hilfsprogramm von bis zu 86 Milliarden Euro beschlossen. Im

Januar belief sich der griechische Haushaltsüberschuss auf 1,01 Milliarden Euro, wie das Finanzministerium mitteilte. Damit übertraf Athen den Planwert von 670 Millionen Euro. Die Nettosteueereinnahmen betragen im Berichtsmonat 4,04 Milliarden Euro, womit sie 325 Millionen über dem Zielwert lagen. Die Ausgaben beliefen sich auf 3,29 Milliarden Euro. Damit blieben sie geringfügig unter den Vorgaben. Doch es gibt ein

Problem: Finanzminister Schäuble. Er hat immer auf strenge, teilweise absurde Kürzungsaufgaben bestanden. Absurd, weil die Kürzungen das Wirtschaftswachstum drosseln und weil sie dazu beigetragen haben, dass ein Großteil der Menschen in Griechenland verarmt. Jetzt, wo die griechische Regierung geliefert hat, fordert er zusätzliche Kürzungen. Die griechische Regierung sträubt sich allerdings vehement gegen zusätzliche Sparauflagen. Der IWF hatte die griechische Schuldenlast jüngst als langfristig „explosiv“ bezeichnet und weitere Schuldenerleichterungen verlangt, ansonsten würde der Internationale Währungsfonds (IWF) sich nicht am Rettungspaket beteiligen. Diese Kritik ist berechtigt. Schäuble nutzt aber diese Kritik, um die Auszahlung der Hilfgelder zu verhindern. Er will nur zahlen, wenn der IWF mit im Boot sitzt. Schäuble wurde von den Erfolgen der griechischen Regierung überrascht. Sein eigentliches Ziel war es immer, Griechenland aus dem Euro zu drängen. Davon wird er auch nicht ablassen. Für ihn ist Griechenland ein wunderbares Wahlkampfthema. Jetzt, wo weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen, braucht die CDU wieder die Griechen als Feindbild. Dafür ist Schäuble auch bereit, Europa weiter zu spalten.

GESINE LÖTZSCH



© KLAUS SINGER

Der stellvertretende griechische Außenminister Prof. George Katrougalos war zu einem Kurzbesuch in Berlin. In einem Gespräch mit Gesine Löttsch informierte er über die schwierige Situation in Griechenland. Er äußerte die Hoffnung, dass der Deutsche Bundestag die beschlossenen Hilfgelder Griechenland zukommen lässt.

SPRECHSTUNDE

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Zingster Straße 12, 13051 Berlin
- Telefon: 22 77 17 87, E-Mail: gesine.loetzsch@bundestag.de
- Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Löttsch: **Dienstag, 14. März, 17 Uhr**
Bitte anmelden unter Telefon 99 27 07 25 oder per E-Mail gesine.loetzsch@bundestag.de.



© KERSTIN ZIMMER

Der 8. März, Internationaler Frauentag, ein Grund zum Feiern für alle Frauen, am besten gemeinsam – mit Schokolade, Sekt und Lieblingsblumen.

Internationaler Frauentag – ein Tag für Frauen?

8. März – ein Tag, an dem die Preise für Blumen steigen. Warum? Das wird Angebot und Nachfrage genannt. Aber ist es damit getan, uns Frauen einfach ein paar Blümchen, Pralinen und nette Worte zu schenken? Bei der Recherche zu diesem Thema war ich doch sehr überrascht festzustellen, dass der 8. März in 25 Ländern weltweit sogar ein gesetzlicher Feiertag ist: Angola, Armenien, Aserbaidschan, Burkina Faso, Eritrea, Georgien, Guinea-Bissau, Kasachstan, Kambodscha, Kirgisistan, Laos, Madagaskar, Moldau, Mongolei, Nepal, Russland, Sambia, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan, Uganda, Ukraine, Usbekistan, Vietnam und Weißrussland. In China ist immerhin der Nachmittag für Frauen arbeitsfrei.

Das wäre doch mal etwas. Ein zusätzlicher freier Tag nur für uns Frauen. Kann oder will das reiche Deutschland sich dies nicht leisten? Wer entscheidet darüber? Welches Geschlecht dominiert die Politik? Männer!

Ja, in der LINKEN sind wir Frauen auch mal in der Mehrzahl. Dank Quotenregelung! Warum tun sich Frauen schwerer als Männer, Verantwortung in der Politik zu übernehmen? Stimmen die Bedingungen vielleicht nicht? Haben wir einfach andere Ansprüche? Wir wollen unseren Lebensunterhalt verdienen, managen eine Familie, engagieren uns nebenbei in Kita und Schule. Häufig müssen

wir Frauen für das gleiche Geld mehr als Männer leisten. Im öffentlichen Dienst ist dies nicht so. Warum in der freien Wirtschaft? Agieren Unternehmen, in denen Frauen an der Spitze stehen gegenüber Müttern anders? Haben wir Frauen voreinander Respekt und Achtung – egal ob Karriere oder Familie? Ich persönlich fühle mich viel mehr von anderen Frauen angegriffen als von Männern. Warum neiden wir uns gegenseitig den Erfolg? Warum versuchen junge Mädchen immer schlanker zu sein? Weil Jungs Sprüche machen? Nein! Weil Mädchen und Frauen untereinander zu oft in selbstgedachter Konkurrenz stehen! Der Frauentag wird überwiegend als Tag wahrgenommen, an dem Männer uns Frauen verwöhnen. Ich wünsche mir jedoch viel lieber, und das nicht nur am 8. März, sondern das ganze Jahr, dass wir Frauen uns gegenseitig unterstützen, auffangen und neidlos Respekt zollen. Am allermeisten wünsche ich mir jedoch einen ehrlichen Umgang miteinander, statt Intrigen!

Frauen, lasst uns für unsere Kinder – unsere Zukunft – kämpfen, statt uns gegenseitig zu bekämpfen! Lasst uns miteinander feiern! Mit Schokolade, Sekt und Lieblingsblumen!

KERSTIN ZIMMER
Hälfte einer quotierten Doppelspitze

KOMMENTAR



Sicherheitsgefühl zu stärken, genügt nicht

In der letzten Bezirksverordnetenversammlung wurde auf Antrag der CDU das Thema Videoüberwachung diskutiert. Kameras im öffentlichen Raum sollen für mehr Sicherheit sorgen. Aber können sie das wirklich? Bisher gibt es keine gesicherten Erkenntnisse darüber, ob Videoüberwachung die Kriminalitätsrate senkt. Eine Evaluation der Videotechnik hatte der damals zuständige CDU-Innensenator jahrelang verweigert. Die U-Bahn-Schläger und U-Bahn Treter des vergangenen Jahres hat Videoüberwachung jedenfalls nicht davon



© FOTOLIA

Videoüberwachung im öffentlichen Raum?

abgehalten, ihre abscheulichen Taten zu begehen. Darum müssen wir andere Antworten finden. Die Koalition auf Landesebene hat sich auf ein Maßnahmenpaket verständigt. Wir brauchen mehr Kontaktbereichsbeamte im Kiez, die Fuß- und Fahrradstreifen von Polizeibeamtinnen und -beamten sollen ausgebaut werden. Unbesetzte Stellen bei der Polizei müssen schnellstmöglich besetzt werden. Videoüberwachung kann all das nicht ersetzen. Allein das „Sicherheitsgefühl zu stärken“, genügt nicht. Die Kameras vermitteln ein trügerisches Bild von Sicherheit und können sie aber nicht gewährleisten. Mal ganz abgesehen davon, dass die ständige Rund-um-die-Uhr-Videoüberwachung ein Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger ist und somit nicht erklärtes Ziel sein kann. Nichtsdestotrotz: Auch die Linksfraktion setzt sich für mehr Sicherheit ein, allerdings wirksamer und weniger plakativ. Das macht den Unterschied.

NORMAN WOLF

Kinderplansche für Hohenschönhausen

Versetzen Sie sich in die Sommerzeit. Es ist heiß. Noch müssen wir auf die schönste Zeit des Jahres ein wenig warten.

Spätestens aber, wenn es sehr heiß draußen ist, suchen wir nach einer Erfrischung. Zu diesem Zweck gab es dort, wo neue Häuser gebaut wurden und Familien einzogen, die Kinderplanschen. Die Planschen aus DDR-Zeiten waren ein Anziehungspunkt. Denn wenn es für Fahrten ins Umland zu weit war, erfrischten sich die Familien vor ihren Haustüren. Das



Die Plansche am Forckenbeckplatz in Friedrichshain ist beliebt.

war einmal. Heute gibt es in Lichtenberg nur noch zwei Planschen bzw. Wasserspielplätze. Andere Bezirke sind mit vier bis fünf Planschen besser ausgestattet. Vor allem in Hohenschönhausen gibt es in den Neubausiedlungen einen großen Bedarf. Hier liegt der Anteil der 6- bis 15-Jährigen an den Einwohnern über dem Lichtenberger Durchschnitt. Deshalb wollen wir hier, wo es viele potentielle Nutzer gibt, eine Kinderplansche bauen lassen.

Die Kinderplansche dient dabei nicht nur der Erfrischung, sondern ist Treffpunkt für Familien, stärkt das Nachbarschaftsgefühl und bietet Begegnungsraum für Alteingesessene und Zugezogene. Außerdem handelt es sich dabei um ein kostenloses Freizeitvergnügen. Auch das sollte uns wichtig sein, wenn wir die Kieze aufwerten wollen. Ein Vorzeigebispiel könnte die Plansche in Wedding im Schillerpark sein. Packt die Badehose ein!

NORMAN WOLF

Stadtentwicklung in einer wachsenden Stadt – spannende Aufgabe oder heißes Eisen?

Beides trifft zu, denn das Spannungsfeld Stadtentwicklung markiert einerseits Begriffe wie Wohnen, Gewerbe, Grün und Infrastruktur und andererseits die Aufgabe, in bestehenden und neu zu errichtenden Stadtquartieren für ein lebenswertes Wohnumfeld zu sorgen. Daraus resultieren sowohl Nutzungs- als auch Interessenkonflikte. Stichworte sind Nachverdichtung bestehender Wohngebiete, Geschosswohnungsbau oder Siedlungshäuser, Wohnungsbau zu Lasten von Gewerbe, Bebauung von Grünflächen, Innenhöfen oder Kleingartenflächen. Hinzu kommt, dass Entscheidungen pro oder contra die Entwicklung eines Quartiers auf lange Sicht beeinflussen, ja sogar bestimmen. Umso wichtiger ist, dass Stadtentwicklung maßvoll und nachhaltig erfolgt, die von den Entscheidungen unmittelbar Betroffenen frühzeitig informiert und vertrauensvoll beteiligt werden. So weit so gut. Doch was bedeutet frühzeitig und wie sollte Beteiligung aussehen? Ich glaube, dass Beteiligung bereits dann einsetzen muss, wenn über die Ziele von Bebauungsplänen – die sich als Steuerungs- und Regulierungsinstrument bewährt haben

– diskutiert und entschieden wird. Beteiligung und Diskussion muss Alternativen und Varianten zulassen, darf sich nicht auf das Werben um Zustimmung zu längst getroffenen Richtungsentscheidungen beschränken.

Was engagierte Bürger zu leisten vermögen, zeigt das Bürgergutachten Fennpfuhl von 1995/96. Deshalb plädiere ich für die Wiedereinrichtung von Gebietsbeiräten in allen 13 Stadtteilen unseres Bezirkes. Sie

sollen Partner des Bezirksamts und Ansprechpartner für die Bürger ihres Kiezes sein, wenn es um Fragen der Stadtentwicklung und um die Aufstellung von Bebauungsplänen geht. Diesen zugegeben sehr anspruchsvollen, aber partnerschaftlichen Weg halte ich für besser als monatelange und am Ende beide Seiten frustrierende Auseinandersetzungen zwischen Amt und Bürgerinitiativen wie im Falle der Paul-Zobel-Straße. RAINER BOSSE



Fennpfuhl – Wohnen im Grünen ist auch in der Großstadt möglich.

Patenschaft für Eddy



Lichtenbergs Bürgermeister Michael Grunst hat für Eddy, ein Halbäffchen aus dem Tierpark, die Patenschaft übernommen.

Der Kleine mit den großen Augen ist Eddy. Eddy ist ein 12 Jahre altes Kattamännchen, lebt mit Katta-Frau Mandy und Tochter Charline lebt er im Tierpark Berlin. Der Lebensraum der im

Südwesten Madagaskars beheimateten Halbäffchen ist wie für viele andere Tiere bedroht. Ihren wissenschaftlichen Gattungsnamen Lemur erhielten die kleinen Tiere, die gerade mal 45 Zentimeter groß werden, 1758 vom

schwedischen Naturforscher Carl von Linné, dessen Lebenswerk im Bezirk Lichtenberg ebenfalls geehrt wird. Bezirksbürgermeister Michael Grunst hat am 16. Februar 2017 die Patenschaft für Eddy übernommen und ihn beim Antrittsbesuch mit Apfelstückchen gefüttert, einer besonderen Leckerei für die Tiere.

„Eddy ist ein Symbol für Klima- und Artenschutz, beides ist uns im Bezirk sehr wichtig. Darüber hinaus freue ich mich natürlich auf zahlreiche Besuche im Tierpark, den ich seit meiner Kindheit kenne und über viele Jahre unterstütze“, erklärte Michael Grunst, warum er sich bei der Patenschaft gerade für ein Kattamännchen entschieden hat. Mit 300 Euro pro Jahr wird der Pate künftig den Tierpark Berlin unterstützen.

Zur Nacht der Politik im Rathaus Lichtenberg am 3. März lädt die Fraktion der LINKEN ab 19 Uhr in den Raum 13a zu einer Diskussion zum Thema Artenschutz im Tierpark ein.

DANIELA FUCHS

Essen ist fertig



Bürgermeister Michael Grunst im Gespräch mit Ilona Röhl, Mitarbeiterin der Kiezküche.

... heißt es seit kurzem wieder in der KULTschule in der Sewanstraße 43. Gemeinsam mit dem Bürgermeister Michael Grunst besuchten FraktionsvertreterInnen im Februar das Team der Kiezküche zum Mittagessen. Wir konnten uns überzeugen: Das Essen schmeckt.

Nachdem im Dezember 2014 die Küche in der KULTschule geschlossen

werden musste, engagierte sich unsere Fraktion zur Wiederaktivierung der Essensversorgung, denn der Bedarf an einem warmen und preiswerten Mittagessen ist gerade bei der im Umkreis wohnenden älteren Bevölkerung groß. Dem Antrag stimmte die Bezirksverordnetenversammlung

im Februar 2015 zu und das Bezirksamt, insbesondere unser damaliger Stadtrat Dr. Andreas Prüfer, engagierte sich gemeinsam mit Vertretern des in der KULTschule ansässigen Vereins Lyra e. V. für die Einrichtung der „Kiezküche“. Obwohl das Mittagessen noch nicht vor Ort gekocht werden kann und von der gemeinnützigen Unternehmersgesellschaft (gUG) Atina zubereitet und geliefert wird, kann ich als „Gastrokritikerin“ den Besuch auf jeden Fall empfehlen. Schön wäre es, wenn es nun noch gelingt, die Küche so auszurüsten, dass hier selbst gekocht werden kann und vielleicht auch die Kinder aus der Kita „Wolken-schaf“, die sich ebenfalls an diesem Standort befindet, ein frisch gekochtes gesundes Mittagessen bekommen könnten. Und - ein letzter Tipp von mir: Wenn Schnitzel auf dem Speiseplan steht, am besten vorher bestellen, Fleisch wird hier gerne gegessen und der kleine Speisesaal ist an diesen Tagen meist bis auf den letzten Platz besetzt.

In der Kiezküche wird von Montag bis Freitag, jeweils von 11.30 Uhr bis 13 Uhr, Mittagessen angeboten, zu fairen Preisen. BIRGIT STENZEL

6 000 grüne Lungen – des Rätsels Lösung

In unserer Januarausgabe hatten wir die Leserinnen und Leser nach der Anzahl der Kleingärten in unserem Bezirk gefragt. Drei Antworten stan-



Frau Dallmann, Frau Scheibe und Frau Heyer sind die Gewinnerinnen der Tierparkeintrittskarten, die von den Fraktionsvorsitzenden Kerstin Zimmer und Norman Wolf überreicht wurden.

den zur Auswahl: ca. 2 000, ca. 3 000 oder ca. 6 000 Kleingärten. Es gibt in Lichtenberg 6 000 Kleingärten, die wichtig für die Berliner Luft und die Umwelt sind. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Kleingärten erhalten bleiben. Das Los hat entschieden. Frau Dallmann, Frau Scheibe und Frau Heyer hatten die richtige Antwort parat und haben sich sehr über die Eintrittskarten für den Tierpark gefreut.

DANIELA FUCHS

Milieuschutzinitiative im Weitlingkiez



Die Einbecker Straße, eine der großen Straßen im Weitlingkiez.

Am 9. Februar 2017 trafen sich zum zweiten Mal AnwohnerInnen des Weitlingkiez, um sich zum Thema Milieuschutz auszutauschen. Vor zwei Jahren wurde hierzu eine Studie durchgeführt, die im Ergebnis das Gebiet als

nicht geeignet einstufte. Mit Besorgnis sehen die AnwohnerInnen, dass sich die Bevölkerungsstruktur weiter wandelt, die Verdrängung langjähriger MieterInnen zunimmt, mehr und mehr Wohnraum teuer saniert, neu vermietet

wird sowie Wohnungen vermehrt in Privateigentum übergehen.

Die über 30 BürgerInnen gründeten drei Arbeitsgemeinschaften. Unter anderem möchten sie sich intensiver mit der im Jahr 2015 von Topos

durchgeführten Studie beschäftigen. Für die AnwohnerInnen gibt es einige offen gebliebene Fragen. So wird beispielsweise die eher geringe Beteiligung der Bevölkerung an der Umfrage kritisch hinterfragt und der Einfluss untersucht, ob eine höhere Beteiligung am Ende zu einem anderen Ergebnis führen könnte.

Ziel der Initiative ist es, gegebenenfalls eine neue Studie in Auftrag zu geben. Begleitend dazu möchten die AkteurInnen öffentlichkeitswirksame Aktionen organisieren, um die Beteiligung zu erhöhen.

Gleiche Studien liefen in 2016 in der Victoriastadt und im Gebiet Frankfurter Allee Nord. Die Ergebnisse sollen im März vorliegen. Es bleibt abzuwarten, wie die Beurteilung hier ausfallen wird.

Das nächste Treffen der Milieuschutzinitiative Weitlingkiez findet am 30. März um 19 Uhr in der Magaretenstraße 11 statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

CLAUDIA ENGELMANN

Talk bei Fidel und Che – Dr. Erika Berndt



Erika Berndt mit dem Bezirksbürgermeister Michael Grunst während des Politischen Frühstoppens am 5. Februar 2017 in der Havanna Bar.

Am 5. Februar platzte die Havanna Bar in der Treskowallee 111 in Karlshorst aus allen Nähten. Etwa 50 Personen waren zum Politischen Frühstopp gekommen, um den neu gewählten Lichtenberger Bürgermeister von der Linkspartei Michael Grunst zu befragen und mit ihm über die Zukunft des Bezirkes zu diskutieren. Den Politischen Frühstopp des Ortsverbandes der LINKEN Karlshorst gibt es seit November 2014 und etwa sechsmal im Jahr treffen sich Politikinteressierte, um über die große Weltpolitik, über Berlin oder über Karlshorst zu sprechen. Spiritus rector dieser Veranstaltungsreihe ist Erika Berndt. Gemeinsam hatte sie mit ihrem Mann lange überlegt, wie man am besten mit den Bürgerinnen und Bürgern parteiübergreifend ins Gespräch kommen könnte und ist dabei auf die Idee des Frühstoppens gekommen. Im Betreiber der Havanna Bar fand sie einen Partner, der diesem Vorhaben aufgeschlossen gegenübersteht. Die Organisation dieser Frühstoppes übernimmt Erika Berndt sehr gern. Sie überlegt sich die Themen, sucht die Referenten aus, entwirft Flyer und Plakate, fühlt sich für die Organisation und den Inhalt verantwortlich. Doch das ist ihr nicht genug. Sie möchte die Probleme der Leute aufgreifen, auch wenn nicht alle Fragen gelöst werden können. Der Frühstopp soll auch die Möglichkeit bieten, neue Kontakte untereinander zu knüpfen

und das Gefühl des Miteinanders in dieser doch stark individualisierten Gesellschaft zu stärken.

Die 1950 geborene, aus Thüringen stammende Erika Berndt hat an der Pädagogischen Hochschule in Potsdam Biologie und Chemie studiert. Es folgte ein Forschungsstudium mit dem Abschluss der Promotion und einer wissenschaftlichen Tätigkeit im renommierten DDR Verlag Volk und Wissen. Der Bruch kam wie für viele Ostdeutsche auch für sie mit der Wende. Es folgten sechs Jahre



Erika Berndt organisiert seit 2014 den Politischen Frühstoppes in der Havanna Bar.

ABM in einer Schulbiologiestation am Dathe-Gymnasium ohne Chance auf eine Weiterbeschäftigung. Im wiedervereinigten Deutschland wurde ihr Hochschulabschluss nicht anerkannt.

Sie war bereits 47 Jahre, als sie ihr Referendariat machte, um doch noch in den Schuldienst aufgenommen zu werden. Es war eine harte Zeit für sie. Bis 2011 hat sie nach ihrem Abschluss Biologie und Chemie unterrichtet. Sie war gerne Lehrerin und die Schülerinnen und Schüler mochten sie. Ihren Spitznamen „Bioberndt“ verstand sie durchaus als Kompliment. Erika Berndt ist kunstinteressiert, malt gern, liebt aber auch die Gartenarbeit auf ihrem Grundstück in Hohen Neuendorf.

Seit 1979 lebt Erika Berndt mit ihrer Familie in Karlshorst. Sie leitet etwa seit 2000 die Basisorganisation 45. Erika Berndt ist pragmatisch, liebt konkrete abgegrenzte Aufgaben. Taktieren ist ihre Sache nicht. Zwei Dinge liegen ihr besonders am Herzen, die schon lange einer Lösung bedürfen. Da ist zum einen das Theater in Karlshorst und ein Sportplatz. Hier hat sie Ideen, die sie auch einbringen wird.

Die soziale Gerechtigkeit und der Erhalt des Friedens sind Erika besonders wichtig. Jährlich nimmt sie am Ostermarsch teil. Hier könnte sich DIE LINKE ihrer Meinung nach mehr engagieren. Auch in der Berliner Regierungskoalition, wünscht sie sich, sollte DIE LINKE mit ihrer Position sichtbar sein.

Den nächsten Karlshorster Politischen Frühstopp hat Erika Berndt längst in Vorbereitung.

DANIELA FUCHS

Buchbesprechung

von Marion Heinrich

„Immer schön auf Augenhöhe“

... heißt das jüngste Buch von Gesine Löttsch, das am **7. März um 18.30 Uhr im ND-Club am Franz-Mehring-Platz 1** vorgestellt wird. Der Titel meint, was er im eigentlichen Sinne bedeutet und er gibt die innere Haltung der Autorin und Politikerin Gesine Löttsch wieder: Sich auf Augenhöhe zu begegnen, respektiert Unterschiede und betont Gleichheit im sozialen Leben. Davon ist in diesem Buch auf rund 160 Seiten facettenreich, bunt, nachdenklich und witzig, aber vor allem ehrlich die Rede. Ob im Kampf gegen Schikanen bei der Raumvergabe in der „Zwei-Frauen-Ära“ mit Petra Pau oder bei der Erfüllung von Wahlkampfversprechen – Gesine Löttsch hat sich ihre Lust zu kämpfen nie nehmen lassen. Gerade weil der Osten Deutschlands für so manche Entscheidungsträger der Bundesrepublik noch immer Ausland ist, setzt sie sich ein und teilt, wo es nützt, aus: Pointiert und kenntnisreich fragt die Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages nach, wieso jede Zahl im Bundeshaushalt besser frisiert wird als sämtliche Finanzminister zusammen. Sie erzählt lebendig und berührend über ihre jährlichen Reisen mit Jugendlichen zu den Orten des antifaschistischen Widerstandskampfes in Europa und von Begegnungen mit Menschen ihres Wahlkreises Berlin Lichtenberg, deren Erwartungen hoch sind und denen sie keine leeren Versprechungen geben mag.

„Immer schön auf Augenhöhe“ ist ein kurzweiliges Buch, das dem Leser auf die „Sprünge“ hilft, sich zu engagieren und zum Nachdenken über Politik in Deutschland anregt. Lesenswert!

■ www.eulenspiegel.com/verlage/eulenspiegel-verlag/titel/immerschoen-auf-augenhoehe.html

IMPRESSUM



Herausgeber:

DIE LINKE in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Norman Wolf

Adresse der Redaktion:

Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

E-Mail: fraktion@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.linksfraktion-lichtenberg.de

Telefon: (030) 90 296 31 20

Fax: (030) 55 92 307

Redaktionsschluss:

22. Februar 2017

Gestaltung: Uta Tietze

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Der Frühling ist in Sichtweite



Marion Platta (Mitte) und Projektleiterin Heike Seegers von „Meskantus“ (rechts) informierten beim Spaziergang über die Neuerungen im Landschaftspark Herzberge.

Im Landschaftspark Herzberge hatte die Schneeschmelze eingesetzt, als Marion Platta, MdA, sich mit einer großen Gruppe interessierter Lichtenbergerinnen und Lichtenberger auf den Weg machte, die Neuerungen dort zu entdecken. Nebel und Schnee tauchten den Landschaftspark noch einmal in eine tiefe Winterstimmung. Auch Lichtenbergs neuer Bürgermeister Michael Grunst und die Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsch wanderten mit.

Am südlichen Ende des Landschaftsparks, wo die Gewächshäuser stehen, lernten alle einen neuen Begriff: Aquaponic. Aquaponic heißt ein System bei dem Nutzpflanzen als Hydrokultur gehalten werden, im Wasser leben Speisefische. Das geschlossene System lebt vom Synergieeffekt zwischen Fisch und Pflanze. Gewinner sind Natur und Mensch, denn die Nutzpflanzen tragen ohne Zugabe von Düngemitteln Früchte.

Das Aquaponic-Projekt ist Bestandteil des IGA-Außenstandortes im Landschaftspark Herzberge. In Lichtenberg ist neben dem Landschafts-

park noch der Naturraum Obersee-Orankesee IGA-Außenstandort. Die Außenflächen der Internationalen Gartenschau können wie gewohnt und ohne Eintrittskarten besucht werden, während der IGA sind zusätzlich Führungen geplant.

Von Punkt zu Punkt schlängelt sich im Landschaftspark ein Gesundheitspfad. Auf Tafeln stehen verschiedene Übungen und wer übt, ist hinterher frisch und entspannt. Den Gesundheitspfad hat Lebensplan schon vor über 6 Jahren mit vielen Beteiligten aufgebaut. Allen Wettern ausgesetzt beginnen sich die kunstvollen Mosaik am Boden zu lösen, Reparaturen müssen bald geschehen, damit sie nicht verschwinden.

Die leer stehenden Schulgebäude am Beginn der Allee der Kosmonauten sieht man auch im Vorbeifahren mit der Straßenbahn. Hier informierte der Bürgermeister, dass es wieder eine Schule an der Stelle geben wird. Lichtenberg wächst und braucht neue Schulen – es könnte eine Gemeinschaftsschule entstehen.

MARION PLATTA / SILKE WENK

Sport frei!

Gut 50 Mio. € sollen in den nächsten Jahren in Lichtenbergs Schulen und Sporthallen fließen. So der erklärte Anspruch von Bezirksbürgermeister Michael Grunst, zugleich Leiter der Abteilungen Personal, Finanzen, Immobilien und Kultur, und Bezirksstadtrat Wilfried Nünthel, der u.a die Resorts Schule und Sport im Bezirksamt verantwortlich verwaltet. Neben dem drängenden Wohnungsbau ist beiden die Ertüchtigung dieser Infrastruktur für den Bezirk, der bald die 3 Millionen-Einwohnergrenze erreichen wird, unaufschiebbar.

11,9 Mio. € kostet der Erweiterungsbau für mehr als 200 Schüler an der Lew-Tolstoi-Grundschule im Römerweg und der dortige Sporthallenneubau. Für die Instandsetzung der leerstehenden Gebäude und Anlagen in der Paul-Junius-Straße sind 11,6 Mio. € vorgesehen. An der Wartiners Straße werden 9,8 Mio. € investiert. Nach jetzt beginnender Sanierung steht die Anton-Saefkow-Platz-Halle erst 2018 wieder zur Verfügung. Aktuell saniert werden außerdem die Objekte Barther Str. 10, Hagenstr. 26, Wustrower Str. 28, Ehrenfelsstr. 26, Lincolnstr. 67, Bernhard-Bästlein-Str. 22. Noch 2017

geplant: die Gebäude Massower Str. 39, Paul-Junius-Str. 69, Franz-Jacob-Str. 8 sowie Rüdickenstr. 23.

„Für die 178 Sportvereine und 67 weiteren Sportstättenutzer ist das eine immense Herausforderung“, sagte Wilfried Nünthel. Dem zeitweisen Kapazitätsausfall kann nur durch organisatorische Verschiebungen begegnet werden. „Wir sind ständig mit den Sportgruppen im Gespräch, auch darüber, dass die „glücklichen Hallenzeitbesitzer“ unversorgte Gruppen bei sich einzugliedern versuchen.“ Nach dem Freizug der Notunterkünfte Darßer Str. 97 und Wollenberger Str. 1 sind 3 Sporthallen und 1 Großspielfeld wiederherzustellen. Die Sportanlage Hohenschönhauser 76 bleibt mit einem Tempohome belegt. Das sind alles Prozesse, die immenser Aufmerksamkeit und Fürsorge bedürfen. Michael Grunst hat, als er eine „sozial gerechte und familienfreundliche Steuerung als wichtigste Gestaltungsaufgabe im Bezirk“ postulierte, auch „die rechtzeitige und hinreichende Einbeziehung der Bürger in die Moderation dabei unvermeidbar aufkommender Konflikte“ hervorgehoben. Sport frei denn! JOACHIM PAMPEL



Saniert – Am 9. Februar wurde die neu sanierte Sporthalle der Bernhard-Grzimek-Schule in Friedrichsfelde eröffnet. Der Bürgermeister Michael Grunst, das Baumanagement und das Schulamt überreichten symbolisch der Schulleiterin den Schlüssel. Ursprünglich sollte ab Mai 2015 nur die 40 Jahre alte Halle saniert werden. Doch auch die Sanitär- und Umkleieräume konnten aus zusätzlichen Landesmitteln saniert werden. Nach knapp zwei Jahren Bauzeit können nun die 440 Schulkinder wieder vor Ort trainieren. Täglich ab 17 Uhr, sowie am Wochenende und in den Ferien, nutzen Sportvereine die Halle.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

An diesem Platz stellt die info links regelmäßig Themen aus dem Entwurf des Wahlprogramms der LINKEN vor. Dieses Mal geht es um Frauenrechte.

Was wir wollen? Gutes Leben

Wir wollen ein neues Normalarbeitsverhältnis, das für Männer und Frauen gleichermaßen gilt: Die Löhne müssen für ein gutes Leben und für eine Rente reichen, die den Lebensstandard im Alter sichert.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

DIE LINKE will den Niedriglohnbereich, in dem mehrheitlich Frauen tätig sind, abschaffen. DIE LINKE fordert einen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde.

Wir wollen gleiche Teilhabemöglichkeiten aller Geschlechter an der Erwerbsarbeit durch familiengerechte Arbeitszeiten, Umverteilung der Arbeit, Ausbau von Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen.

Sozialversicherung

DIE LINKE fordert soziale Absicherung: Ab dem ersten Euro gilt die Pflicht zur Sozialversicherung. Beschäftigte in Teilzeit müssen einen Rechtsanspruch auf eine Mindestarbeitszeit von 18 Stunden pro Woche erhalten.

Pflege

Pflegeleistungen sollen in einer Vollversicherung ausgeweitet werden, und wir wollen mehr professionelle Pflegekräfte. Das eröffnet die Möglichkeit, in der häuslichen Umgebung gepflegt zu werden und – wenn gewünscht – stärker auf professionelle Pflege zurückzugreifen.

Sorge

Eine Neubewertung aller gesellschaftlich erforderlichen Tätigkeiten und eine neue Verteilung aller bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen. Nur so kann Sorge-Arbeit langfristig aufgewertet werden.

Rente

Das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden. Dann würden auch die Renten von Frauen sofort deutlich steigen. DIE LINKE fordert drei Jahre Kindererziehungszeiten für jedes Kind. Egal, ob 1960 oder 2010, in Dresden oder in Köln geboren. Wir fordern eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro netto leben müssen.

KLAUS SINGER

Wie ist es?

Armut

In Deutschland ist das Armutsrisiko bei Alleinerziehenden besonders hoch, denn ca. 40 Prozent aller Alleinerziehenden (neun von zehn sind dabei Frauen) beziehen Hartz IV.

Niedriglohnsektor

Immer mehr Beschäftigte, mehrheitlich Frauen und Alleinerziehende, werden in unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midijobs und damit in Altersarmut abgedrängt. Frauen sind überdurchschnittlich oft von Niedriglohn betroffen. Im vergangenen Jahr blieben 28,4 Prozent unter der Niedriglohnschwelle, bei den Männern waren es 16,1 Prozent.

Lohnunterschiede

Die Lohnlücke beim Brutto-Stundenlohn zwischen Frauen und Männern beträgt in der BRD 21 Prozent, in vielen Bereichen trotz gleicher Qualifikation. (EU: 16 Prozent). Seit 2002 ist der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern fast konstant. Das Ziel der Bundesregierung, den Verdienstabstand bis zum Jahr 2010 auf 15 Prozent zu senken, wurde deutlich verfehlt.

Pflege

87 Prozent der Pflegebeschäftigten sind Frauen. Mehr als zwei Drittel arbeiten in Teilzeit, fast jede vierte Pflegekraft ist älter als 50 Jahre. Die

vorhandenen Pflegeangebote decken nicht den Bedarf, sind unübersichtlich und für viele unerschwinglich. Pflegeleistungen werden teuer gekauft oder durch Laien unbezahlt erbracht. Noch immer pflegen vor allem Frauen – Ehe- und Lebenspartnerinnen, Töchter und Schwiegertöchter. Der Wunsch, zu Hause gepflegt zu werden, ist für viele nur erfüllbar, wenn die Familienangehörigen einspringen. Im Alltag kämpfen viele Menschen mit Dauerstress, Erschöpfung und Geldsorgen. Viele schränken ihre Berufstätigkeit ein oder geben sie auf. Das verringert die eigenen Rentenansprüche und führt die Pflegenden in die Altersarmut.

Rentenlücke

Laut Rentenversicherungsbericht 2016 lag am 1. Juli 2015 der durchschnittliche Gesamtrentenzahlbetrag der Männer bei 1.034,27 Euro, der von Frauen bei 815,45 Euro. Das sind 21,2 Prozent weniger. Die Rentenerwartungen der Frauengeneration, die in den 60er Jahren geboren wurden, sieht nicht gut aus: 40 Prozent der Frauen im Westen und 20 Prozent in den neuen Bundesländern werden eine Rente von maximal 600 Euro erhalten. Und das, obwohl sie gut ausgebildet und zu 80 Prozent berufstätig sind.

KLAUS SINGER



Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Diese Forderung wird jedes Jahr vor dem Brandenburger Tor beim „Equal Pay Day“ von Gewerkschaften, Parteien und Initiativen erhoben, doch der Widerstand dagegen ist immer noch groß.

Immer wieder Sonntag – politischer Frühschoppen

Etwa alle 7 Wochen treffen sich seit gut zwei Jahren in der Havana Bar in Karlshorst die Frühaufsteher und Diskutanten des politischen Welt- und Kiezgeschehens. Dies sind durchschnittlich 35 Junge und Ältere, etliche StammteilnehmerInnen und themenabhängig Interessierte.

In sehr informativer Erinnerung bleiben die Frühschoppen zum Thema „Pulverfass Naher Osten“, zu Problemen Griechenlands und zur neuen Kuba-Politik. Die Frühschoppen senden Signale: Vor zwei Jahren stand „Olympia in Berlin oder nur ein Sportplatz für Karlshorst?“ zur Diskussion. Wann und wo gibt es nun den Sportplatz? 2015 wurde nach Ideen zur Freizeitgestaltung von Jugendlichen in Karlshorst gesucht. Die Nutzung des Theaters Karlshorst kam wieder ins Gespräch.

Während mehrerer Frühschoppen konnten Kandidaten und Abgeordnete von Abgeordnetenhaus und BVV ihre Sichtweise mit den BürgerInnen

diskutieren und im Gegenzug deren Probleme aufnehmen, oft noch in Einzelgesprächen.

Nach anfänglicher Skepsis hat sich der Politische Frühschoppen zu einer regen Diskussionsform etabliert. Auf ein Wiedersehen beim nunmehr



15. Frühschoppen am 19. März 2017! Dieses Mal steht die Frage: „Wohin mit dem überschüssigen Geld?“ zur Diskussion. Einige Antworten gibt die Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, Dr. Gesine Löttsch.

Informationen zu den Frühschoppen unter www.die-linke-lichtenberg.de, www.karlshorst-online.de, in der „info links“, auf Plakaten und Flyern.

ERIKA BERNDT

Vorgestellt: Andrea Schacht,

Mitglied des Bezirksvorstandes der Lichtenberger LINKEN

■ Wer bist Du?

Andrea Schacht, in Hohenschönhausen seit 1999 (vorher in Thüringen), 57 Jahre alt, Tochter eines Offiziers. Wenn mein Vater am Wochenende oder zu Feiertagen nicht zu Hause sein konnte, habe ich bereits als Kind hautnah erlebt, wie wichtig es ist, für Frieden einzustehen. Und ich habe mir immer gewünscht, wenn ich später selbst Kinder habe, diese in Frieden aufwachsen zu sehen. Inzwischen sind meine 3 Kinder erwachsen, aber die Konflikte in der Welt sind keinesfalls geringer geworden.

■ Wo ist Deine politische Heimat?

Da, wo Frieden ein wichtiges Thema ist. Die Fraktion DIE LINKE ist die einzige im Bundestag, die konsequent Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnt. Ehrlich gesagt, erschreckt mich das: Wieso sind wir die einzigen? Wie können die anderen Fraktionen diese Einsätze immer wieder verlängern, obwohl sich die Situation der Menschen in den Einsatzgebieten nicht ändert und Frieden nicht erreicht wird? Und wie passiv gehen die Bürgerinnen und Bürger damit um, indem sie das akzeptieren und diesen Parteien bei der nächsten Wahl wieder ihre Stimme geben? Ich wünsche mir sehr, dass DIE LINKE ihr Engagement



Andrea Schacht lebt seit 18 Jahren in Hohenschönhausen.

für Frieden vielmehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt.

■ Was machst Du beruflich?

Ich bin Mitarbeiterin im Büro einer Abgeordneten der LINKEN im Bundestag und kümmere mich darüber hinaus um den Fraktionsverein, der Spenden sammelt und damit Verbände und Vereine in deren politischer oder sozialer Arbeit unterstützt.

■ Was hast Du Dir im Bezirksvorstand vorgenommen?

Ich möchte die Arbeit an der info links

unterstützen. Diese Zeitung ist einfach gut für Lichtenberg, und ich wünsche mir, dass noch mehr Menschen die Zeitung jeden Monat in die Hand bekommen.

Außerdem gilt natürlich unser Engagement in diesem Jahr besonders dem Wahlkampf unserer Bezirksvorsitzenden, Dr. Gesine Löttsch, in der Verteidigung ihres Direktmandats für Lichtenberg für den Wiedereinzug in den Bundestag.

JULIA MÜLLER

Quo vadis Hubertusbad?

Seit 1991 ist das Stadtbad Lichtenberg geschlossen und verfällt langsam vor sich hin. Das ist bedauerlich: Anderenorts ist es mit dem Stadtbad in der Oderberger Straße gelungen, historische Bäder zu sanieren und mindestens einer gemischten Nutzung aus Kultur- und Schwimmbetrieb zuzuführen. Außerdem benötigen wir im Kiez dringend Schwimmkapazitäten. Lichtenberg wächst rasant und die Schwimmhallen in der Sewanstraße oder am Anton-Saefkow-Platz werden den steigenden Bedarf nicht decken können.

Leider sind die bisherigen Wiederbelebungsversuche gescheitert. Ich erinnere daran, dass noch im Oktober 2011 der ehemalige Bezirksbürgermeister Geisel mit großen Lettern im Kurier ankündigen ließ: „Hier wird bald wieder geplanst.“ Zuvor war die SPD im Wahlkampf noch mit einer Unterschriftenaktion auf Stimmenfang. Passiert ist – mit Ausnahme der Enttäuschung vieler Nachbarn

– nichts. 2015 versuchte die Berliner Immobilienmanagement (BIM) das Hubertusbad zu verkaufen. Dieses inzwischen gescheiterte Ausschreibungsverfahren hat 137.000 Euro verschlungen, wie mir der Senat auf Anfrage mitteilte. Das Geld wäre besser für den Erhalt des Bades aufgewendet worden. Zum Vergleich: Die notdürftige Instandhaltung seit 2011 hat mit knapp 173.000 Euro nur unwesentlich mehr Geld gekostet.

Ich habe als Wahlkreisabgeordneter gemeinsam mit unserem Bürgermeister Michael Grunst die Initiative ergriffen und am 8. Februar zu einem runden Tisch mit der BIM und der Genossenschaft eingeladen. Die BIM hat sich erfreulicher Weise offen für die Wiederaufnahme von kulturellen Zwischennutzungen gezeigt. Derzeit wird geprüft, was dafür an Geld und Sicherungsmaßnahmen nötig wäre. Es wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Vielleicht gelingt es ja, den 90. Geburtstag des Hubertusbads am



Das Schwimmbecken im Hubertusbad ist schon seit Jahren ohne Wasser.

2.2.2018 drinnen zu feiern. Zusätzlich wird die BIM eine Machbarkeitsstudie für langfristige künftige Nutzungsmöglichkeiten in Auftrag geben. Wir bleiben am Ball.

SEBASTIAN SCHLÜSSELBURG



MIT RAT & TAT

TERMINE

- **9.3., 18.30 Uhr**
Treffen der LiA (Linke Aktion Lichtenberg) – [‘Solid]-Linksjugend Lichtenberg, A.-Kowalke-Str. 14
- **11.3., 10 Uhr**
Kiezspaziergang mit dem Bürgermeister, Michael Grunst durch den Welsekiez, Treffpunkt: Abenteuerspielplatz „Fort Robinson“, Wartiner Straße 79
- **13.3., 15 Uhr**
VVN, Gedenken der Opfer der Märzkämpfe von 1919, Schüler der „Schule am Rathaus“ gestalten Programm. Treffpunkt: Mauer des alten Lichtenberger Friedhofes in der Möllendorffstraße
- **19.3., 10-12 Uhr**
Politischer Frühschoppen: „Wohin mit dem überschüssigen Geld?“ mit der Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, Dr. Gesine Löttsch. Havanna Bar, Treskowallee 111

SPRECHSTUNDEN

- **Ines Schmidt, MdA, WK 1**
fon 030 96063128, 15.3., 16-18 Uhr, Bürgerbüro Zingster Str. 12
- **Marion Platta, MdA, WK 3**
fon 030 97 999 643, 15.3., 17-19 Uhr, Bürgerbüro im Poliklinikum, Franz-Jacob-Straße 10, 1.OG
- **Hendrikje Klein, MdA, WK 5**
fon 030 23252560, 20.3., 17.30 -18.30 Uhr, Alfred-Kowalke-Str. 14, Anmeldung unter: team@hendrikjeklein.de oder anrufen

DIE LINKE.

Geschäftszeiten 6.3. bis 24.3.:
Die Geschäftsstelle der LINKEN in der Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin hat wie folgt geöffnet:

- dienstags 13 -17 Uhr,
- donnerstags 13 -19 Uhr.

Außerhalb dieser Zeiten sind wir in der Regel nur nach telefonischer Vereinbarung erreichbar.

Geschäftsstellenleiterin:
Marina Richter-Kastschajewa
■ Telefon: 030 512 20 47
■ info@die-linke-lichtenberg.de

Soljanka statt immer nur Döner



Der Spätkauf „Evas Minimarkt“ – Konrad-Wolf-Straße 64 – das kleinste Restaurant Lichtenbergs

Als mich eines Abends der hörbar russische Inhaber direkt anspricht: „Du kannst bei mir auch essen - alles frisch und selbstgemacht“, wird mir endgültig klar, dass das hier kein gewöhnlicher Späti ist. Etwas beschämt stelle ich diesmal mein Budweiser auf den Tresen. Unübersehbar ist die Enge des Marktes – Lebensmittel-laden, Bäcker, Paketannahme, Feinkostgeschäft und Spirituosen-shop in einem. Entgangen waren mir bislang die vier Hochstühle, die einen kleinen

Tisch umfassen und den Laden wohl auch zum kleinsten Restaurant Lichtenbergs machen. Nun ist mir etwas unwohl bei dem Gedanken an meinen Döner im Rucksack, dessen Geruch mich vermutlich als kulinarischen Fremdgeher verrät. Ich verspreche wiederzukommen.

Gelegen am Hohenschönhauser Tor – genau dort, wo die M6 geräuschvoll auf die Konrad-Wolf biegt – haben Olga und ihr Mann ihr kleines Geschäft. Beide wechseln sich im

Laden ab – er übernimmt die dunklen Stunden. Ob es zum Überleben reicht? Ja, eben so. Wo er herkommt? Aus einem kleinen Ort im Mittelural, 350 km (Sic!) entfernt von Perm. Welcher Wodka ihm am besten schmeckt? Wodka schmeckt nicht, Wodka heilt. Ich kaufe die empfohlene Marke. Das Sto-Gramm-Glas bekomme ich geschenkt. Mein Urteil soll das nicht trüben. Ich bestelle das Gericht des Tages: Soljanka – mit feinstem Rindfleisch. Es schmeckt fantastisch!

Wenn die Kowalewskijs kochen – auch darin wechseln sie sich ab – dann immer nur ein Essen pro Tag für einen kleinen erlesenen Kreis. Doch mitunter stehen die Gäste schon am Morgen mit ihren Thermoskubeln im Laden und wollen sich ihre Portion sichern. Pelmeni gibt es jederzeit. Zehn Minuten muss man warten. Sind alle vier Plätze besetzt, dann eben на вынос (zum Mitnehmen)!

Namensgeberin des Ladens ist – wie sich herausstellt – die große Tochter Eva (sprich: EWA). Wie ihre jüngere Schwester trainiert sie im Leistungszentrum gegenüber Eisschnelllauf. TINKO HEMPEL

Zu welcher Brücke gehört dieses Geländer?

Die fünf Gewinner, die von den richtigen Einsendungen gezogen werden, können 2017 an einer Tagesfahrt in den Deutschen Bundestag teilnehmen. Auf dem Programm stehen u. a. ein Gespräch mit Gesine Lötzsch, eine Führung durch den Bundestag und der Besuch eines Bundesministeriums.

Einsendeschluss ist der 2. April 2017. Bitte die Antworten an gesine.loetzsch@bundestag.de mailen oder per Post schicken: Deutscher Bundestag, Dr. Gesine Lötzsch, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Die Lösung des Februarrätsels: Der Industriebau gehört zum Kraftwerk Klingenberg.

Danke für die vielen richtigen Lösungen.

Die „info links“ wird durch Spenden finanziert.

Spendenkonto:
DIE LINKE. LV Berlin / Lichtenberg
IBAN: DE 5910 0708 4805 2560 7803
BIC: DE UT DE DB 110

Bitte immer Verwendungszweck angeben:
810-503, info links, Ihr Name, Vorname

Fotorätsel



„info links“ wird herausgegeben von:
DIE LINKE – Landesvorstand Berlin

Redaktionsadresse:
Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin
Fon: (030) 512 20 47
Fax: (030) 516 592 42
Mail: info@die-linke-lichtenberg.de
Web: www.die-linke-lichtenberg.de
V.i.S.d.P.: Gesine Lötzsch

Redaktionsschluss:
Ausgabe Februar: 22. Februar 2017
Die nächste Ausgabe erscheint am
Donnerstag, 6. April 2017

Druck:
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Gestaltung:
Uta Tietze

BUCHPREMIERE

- Dienstag, 7.3., 18.30 Uhr**
Immer schön auf Augenhöhe, Buchpremiere mit Gesine Lötzsch, ND im Club, Münzenbergsaal, Franz-Mehring-Platz 1

KINO

- Mittwoch, 15.3., 17.30 Uhr**
In meinem Kopf ein Universum aus der Reihe „Irrsinnig menschlich“, CineMotion Hohenschönhausen, Wartenberger Str. 174

KONZERT

- Sonntag, 11.3. und Sonntag, 12.3. jeweils ab 10 Uhr**
9. Schostakowitsch Wettbewerb der Lichtenberger Musikschulen, Oskar-Ziethen-Bildungszentrum, Paul-Junius-Str.71
- Mittwoch, 22.3., 18 Uhr**
Schostakowitsch-Preisträgerkonzert, Kulturhaus Karlshorst; Treskowallee 112
- Sonntag, 26.3., 15 Uhr**
Familienkonzert mit Kammerorchester Unter den Linden, Kulturhaus Karlshorst; Treskowallee 112

FAMILIEN

- Sonntag, 26.3., 11-15 Uhr**
Osterbrunch Malen, Modellieren, Backen, Flechten und Schlemmen, Jugendkunstschule Lichtenberg, Demminer Str. 4

THEATER

- Freitag, 24.3., 20 Uhr**
Prinz Hamlet nach F. K Waechter, Gastspiel des Theater des Lachens Frankfurt/O, Das Weite Theater Parkaue 23

WAHL SENIORENVERTRETUNG

- Montag, 27.3.,** Seniorenbegegnungsstätte Ribnitzer Str. 1b
- Dienstag, 28.3.,** Seniorenbegegnungsstätte Judith-Auer-Str. 8
- Mittwoch, 29.3.,** Seniorenbegegnungsstätte Warnitzer Str. 6
- Donnerstag, 30.3.,** Kommunale Seniorenbegegnungsstätte Einbecker Str. 83.
- Freitag, 31.3.,** Kiezspinne FAS, Schulze-Boysen-Str. 38

Jeweils 10-15 Uhr